

Wald schützen durch tun, nicht lassen

HDH sieht unbewirtschaftete Wälder als Waldbrandrisiko, DFWR fordert leistungsfähige Infrastruktur

In den vergangenen Wochen kam es in Deutschland zu einer Reihe großer Waldbrände in Regionen, die bisher nicht als Waldbrandhotspots bekannt waren, darunter im Hürtgenwald (Nordrhein-Westfalen) mit rund 300 bis 400 ha; Waldaschaff (Bayern/Unterfranken) mit fast 30 ha; Langscheid/Vordereifel (Rheinland-Pfalz) mit rund 50 ha; Sundern und Marsberg (Südwestfalen/Nordrhein-Westfalen) vier größere Waldbrände, einer davon eine etwa 45 ha große Brandfläche, sowie bei Scharnberg (Baden-Württemberg) ein Waldbrand mit mehr als 20 ha. Zudem waren deutsche Ortschaften von dem Vegetationsbrand im benachbarten belgischen Schutzgebiet Hohes Venn betroffen. Vor dem Hintergrund dieser Waldbrände erinnerte der Deutsche Forstwirtschaftsrat, wie wichtig das Engagement der Menschen vor Ort sei.

Christian Haase, Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR), erklärte am 18. August, ihn hätten die Bilder der vielen Helferinnen und Helfer an den Waldbrandstandorten schwer beeindruckt. „Mein besonderer Dank gilt allen haupt- und ehrenamtlichen Einsatz- und Rettungskräften sowie den zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfern.“ Die Ereignisse zeigten zugleich, dass sich die Bedingungen für unsere Wälder deutlich verändern. Der Klimawandel schreite schneller voran, als Wälder umgebaut werden können und schneller, als sich Waldökosysteme selbst an die veränderten Bedingungen anpassen können. Deutschland müsse deshalb davon ausgehen, dass Waldbrände künftig häufiger auftreten und dauerhaft eine Herausforderung bleiben.

Da nahezu alle Waldbrände durch menschliches Handeln verursacht werden, blieben Aufklärung und die Beachtung bestehender Risikohinweise entscheidend. Eine zentrale Konsequenz sei der Ausbau von Waldbrandmonitoring und Früherkennung. Hierbei könnten auch die Länder unterstützen. Dabei gehe es ausdrücklich nicht um Kritik an den örtlichen Einsatz- und Sicherheitsbehörden. „Die Einsatzkräfte vor Ort leisten unter teilweise extremen Bedingungen hervorragende Arbeit. Die Dynamik und Geschwindigkeit, mit der sich Brände entwickeln können, stellen jedoch auch erfahrene Einsatzstrukturen vor enorme Herausforderungen“, so Haase. „Je früher ein Waldbrand erkannt und bekämpft wird, desto größer ist die Chance, dass aus einem Entstehungsbrand kein Großbrand wird.“

Gleichzeitig sei der Waldumbau eine zentrale, aber langfristige Anpassungsaufgabe. Klimaangepasste Wälder müssten standortgerecht, artenreich und strukturreich sein und unterschiedliche Altersstufen verbinden. Zum Vorsorgepaket gehöre aber auch ein stärkerer Wasserrückhalt im Wald. Dort, wo frühere Entwässerungsstrukturen unter den

heutigen klimatischen Bedingungen einem sinnvollen Wasserrückhalt entgegenstünden, müsse neu gedacht werden. Technische und naturnahe Lösungen sollten stärker in die Fläche gebracht und der Wissenstransfer zwischen Ländern und Regionen verbessert werden. Viele Waldbesitzer seien bereit, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Geeignete Förderangebote könnten diese Entwicklung unterstützen.

Darüber hinaus brauche es eine leistungsfähige Waldbrandinfrastruktur mit befahrbaren Forstwegen, Löschwasserentnahmestellen und gut ausgebildeten Einsatzkräften. Waldbrandschutz müsse dabei regional differenziert erfolgen. Der DFWR begrüße es daher ausdrücklich, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium nach den vergangenen Hitzeperioden umfangreiche Forschungsvorhaben zum Waldbrandschutz beauftragt hat. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse müssten genutzt werden, um die Waldbrandvorsorge in Deutschland gezielt weiterzuentwickeln.

Der Waldbesitzerverband Bayern weist in der Diskussion um die Waldbrände darauf hin, dass der Anteil der Waldbrandfläche in Laubwäldern in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen habe. In den Jahren 1997 bis 2017 lag danach der Anteil der Laubwaldfläche an der gesamten Waldbrandfläche bei rund 30 %; in den Jahren 2018 bis 2025 lag dieser bei rund 45 %. In den letzten Jahren habe es also zunehmend in Laubwäldern gebrannt. In diesem Zusammenhang müssten auch die Anteile der Waldbestockung in die Betrachtung mit einbezogen werden. Über 50 % der Waldfläche in Deutschland sei mit Laub-/Nadelholz-Mischbeständen bestockt; weniger als ein Viertel der Wälder seien reine Nadelholzbestände. Der Waldumbau sei im vollen Gange, wobei die Laubholzanteile weiterhin ansteigen werden. Vereinzelt vorgetragene Anschuldigungen, die Waldbesitzer hätten zu sehr auf Nadelholz gesetzt und trügen dadurch Mitschuld an der Waldbrandsituation, seien haltlos und zurückzuweisen.

Der Verband verweist zudem darauf, dass Waldbrände meist durch Menschen verursacht werden, wobei die Fahrlässigkeit den Vorsatz (Brandstiftung) überwiege. Gerade im Bereich der Fahrlässigkeit liege großes Potenzial, durch entsprechende Brandschutzaufklärung, auch bereits in den Schulen, entsprechende Vorsorge zu treffen.

Angeichts der durch den Klimawandel insgesamt steigenden Waldbrandgefahr in Deutschland forderte der Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH), die Waldbrandprävention stärker in der Waldpolitik zu verankern. Entscheidend sei der beschleunigte Umbau zu klimastabilen Wäldern, eine aktive und nachhaltige Waldbewirtschaftung sowie eine bessere Einbindung der Waldeigentümer. So ließen sich Wälder und Siedlungen besser schützen und zugleich die Versorgung

mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz langfristig sichern.

HDH-Präsident Dr. Carsten Merforth wies auf die Bedeutung der aktiven Bewirtschaftung der Wälder hin: „Die verheerenden Waldbrände in Frankreich haben sich gerade in unbewirtschafteten Gebieten besonders stark ausgebreitet. Das zeigt: Ungepflegte Wälder mit Dichtstand oder hohem Totholzanteil, wie sie auch in Deutschland immer öfter entstehen, können dem Feuer Nahrung geben und die Brandbekämpfung erschweren.“

Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ermögliche es dagegen, geschädigte Bestände gezielt zu verjüngen und standortgerechte Baumarten einzubringen, die besser mit den veränderten klimatischen Bedingungen zurechtkommen. Zugleich trage die Waldpflege und auch die regelmäßige Durchforstung dazu bei, Brandrisiken zu reduzieren. Abgestorbenes Holz, etwa infolge von Borkenkäferbefall, sollte entnommen werden, damit es die Brandlast nicht erhöht oder im Ernstfall den Zugang für Feuerwehr und Rettungskräfte erschwert.

Besonderen Handlungsbedarf sieht der HDH im Kleinprivatwald. Zersplitterte Eigentumsstrukturen, schwer erreichbare oder teilweise unbekannte Eigentümer sowie eine ausbleibende Bewirtschaftung erschwerten notwendige Pflege- und Präventionsmaßnahmen wie zum Beispiel die Anlage von Waldwegen, die im Ernstfall die Zufahrt von Einsatzfahrzeugen erst ermöglichen. Der HDH fordert Bund und Länder deshalb auf, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, mit denen unbekannte und schwer erreichbare Waldeigentümer flächendeckend identifiziert und gezielt angesprochen werden können. Denn wirksame Prävention und nachhaltige Bewirtschaftung setzten voraus, dass überhaupt bekannt ist, wem der Wald gehört. Auf dieser Grundlage sollten Bund und Länder Waldeigentümer beim klimastabilen Waldumbau und bei der nachhaltigen Bewirtschaftung gezielt unterstützen und beraten.

Die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG) forderte vor dem Hintergrund der Waldbrände in NRW, die „konsequente Weiterentwicklung von Ausstattung, Ausbildung, Personal und überörtlicher Zusammenarbeit“. Die Wald- und Vegetationsbrände in Nordrhein-Westfalen hätten erneut gezeigt, welchen Herausforderungen die Feuerwehren im Land gegenüberstünden: große Flächen, schwieriges Gelände, hohe Temperaturen und lang andauernde Einsatzlagen forderten die Einsatzkräfte enorm. Die Gewerkschaft erkenne an, dass NRW bereits Maßnahmen zur Verbesserung der Waldbrandbekämpfung umgesetzt habe. Entscheidend sei nun, daraus ein flächendeckendes Gesamtsystem zu entwickeln. Spezielle Ausstattung wie geländegängige Fahrzeuge, Löschrucksäcke, Pumpen oder Drohnen seien bislang nicht

flächendeckend vorhanden, auch bei Ausbildung und Schutzausrüstung bestehe Nachholbedarf. Auch die Landwirtschaft leiste mit Wasser und Maschinen wichtige Unterstützung – diese Zusammenarbeit sollte künftig besser vorbereitet werden.

Die Feuerwehrgewerkschaft machte zudem auf Schwierigkeiten aufmerksam, die ihre Einsätze erschwerten: Schwer zugängliches Gelände, fehlendes Löschwasser oder munitionsbelastete Flächen erfordern vorbereitete, gebietsspezifische Konzepte.

Das Global Fire Monitoring Center, eine gemeinsame Einrichtung des Max-Planck-Instituts für Chemie und der Universität Freiburg, empfiehlt vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse die Einrichtung einer nationalen Konferenz zur Klimakrise. Diese sollte als zentrale Plattform dienen, um den aktuellen Stand des Wissens sowie bewährte technische und gesellschaftspolitische Lösungsansätze pragmatisch und umsetzungsorientiert auf nationaler Ebene zu bündeln und weiterzuentwickeln. Bestehende internationale und nationale Foren – wie der „Petersberger Klimadialog“ oder der Umsetzungsprozess der „Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz“ gegenüber Katastrophen – sollten weitergeführt und gezielt in eine wirksame, koordinierte nationale Handlungsebene überführt werden. Besonders wichtig sei es, dass die vorgeschlagene Konferenz über die etablierten staatlichen Institutionen hinausgehe und die Wissenschaft sowie die Zivilgesellschaft als gleichberechtigte Akteure einbeziehe. Ihre Expertise und lokalen Erfahrungen seien entscheidend, um resilientere, nachhaltige und gesellschaftlich akzeptierte Strategien zu entwickeln. Erst durch eine breite, partizipative Zusammenarbeit ließen sich die komplexen Herausforderungen der Klimakrise wirksam bewältigen.

VERANSTALTUNG

Am 18. September findet an der Hochschule für Forstwirtschaft in Rottenburg das „Fachforum Feuer & Wald“ statt, am 19. September am gleichen Ort ein Öffentlichkeitstag zu den Themen Waldbrandprävention und Waldbrandbekämpfung, veranstaltet von Forest Fire Fighting Transfer Laboratory (FFFLab), eine Kooperation der Hochschule für Forstwirtschaft in Rottenburg und der Berufsfeuerwehr Reutlingen. Beteiligt an der Veranstaltung sind zahlreiche Partner, darunter die FVA und die Landesforsten RPL. Im Rahmen eines Vorführprogramms werden aktuelle Lösungen live demonstriert.
► fff-lab.de/feuerundwald2026